



Antrag

des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

Baubranche in der Corona-Krise stärken - Öffentliche Auftragsvergabe intensivieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die als Folge der Corona- und Lockdown-Krise durch Preiserhöhungen bei Rohstoffen und Materialien unter Druck geratene Baubranche umfassend zu unterstützen. Hierzu ist die öffentliche Auftragsvergabe zu intensivieren, wobei Kostensteigerungen im Rahmen bauvertraglicher Kooperation so weit wie möglich ausgeglichen werden sollen. Darüber hinaus ist die Förderung der Produktion regionaler Baustoffe zu erweitern, um Preisschwankungen für die Beschaffung von importierten Baustoffen dauerhaft entgegenwirken zu können.

Begründung:

Seit dem 4. Quartal 2020 ist in der Baubranche eine dynamische Preisentwicklung für Baustoffe zu verzeichnen. Die Preise für Holz sind seit September 2020 um bis zu 20% gestiegen, die Steigerungsquoten bei Mineralölerzeugnissen liegen ebenfalls bei 15% und übertreffen bei Betonstahl sogar die 30%-Marke. Im Bereich der Wärmedämmung und bei Trockenbauprofilen betragen die Preiserhöhungen 50%.

- Ursächlich für diese Entwicklung ist zunächst der in der ersten Phase der Corona-Welle zu verzeichnende Produktionseinbruch. Die danach sich wieder erholende Konjunktur auf den Weltmärkten führte dazu, dass die Nachfrage schneller als die zur Verfügung stehenden Kapazitäten angewachsen ist. Inzwischen sind sogar Lieferengpässe bis hin zu vollständigen Lieferstopps zu verzeichnen, die sich in Form von langwierigen Bauunterbrechungen auswirken.

Die Preissteigerungen treffen die Baubranche in einer kritischen Phase, in der die finanziellen Handlungsspielräume ohnehin schon eng sind. Die Branche ist in Schleswig-Holstein von kleinen und mittelständischen Betrieben geprägt. Diese Betriebe unterliegen besonders bei öffentlichen Ausschreibungen einem harten Wettbewerb, bei dem zumeist das niedrigste Angebot den Zuschlag erhält. Dies zwingt zu engen Kalkulationen, was sich in geringen Umsatzrenditen niederschlägt. Parallel zu den derzeit zu verzeichnenden Preissteigerungen bei Baustoffen sinken deshalb die ohnehin niedrigen Gewinnmargen, da viele Betriebe die unverschuldet eingetretenen Kostensteigerungen nicht an ihre Kunden weitergeben können.

In dieser Situation sind die öffentlichen Auftraggeber des Landes besonders gefordert, vorhandene Potenziale für neue Auftragsvergaben zeitnah zu nutzen, damit sich möglichst viele regionale Anbieter auf dem Markt behaupten können.

Um darüber hinaus künftig von Preisschwankungen für die Beschaffung von importierten Baustoffen unabhängiger zu werden, ist zugleich die regionale Produktion mineralischer Baustoffe zu fördern und der regionale Abbau von Sand und Kies dauerhaft auszuweiten.

Volker Schnurrbusch und die Abgeordneten der AfD